

MORITZ FISCHER

»Kein Volk, kein Reich, kein Schönhuber!«

Das lange Echo des bundesdeutschen Umgangs mit den Republikanern

Am 29. Januar 1989 waren die Bürger Westberlins dazu aufgerufen, zur Wahl des Abgeordnetenhauses an die Urnen zu treten. Noch wenige Wochen zuvor hatten die meisten Beobachter fest mit einem erneuten Sieg der CDU gerechnet. Als dann um 18 Uhr die ersten Prognosen auf den Fernsehbildschirmen erschienen, herrschte bei vielen Zuschauern blankes Entsetzen. Die Christdemokraten hatten bei der geringsten Wahlbeteiligung seit Kriegsende im Vergleich zur Wahl 1985 8,7 % an Wählerstimmen verloren und konnten mit den verbliebenen 37,7 % keine Koalition mehr mit der FDP bilden. Die SPD und die »Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz« (AL) konnten hingegen Zugewinne verbuchen, sodass rechnerisch neben einer Großen Koalition nur ein Bündnis dieser beiden Parteien infrage kam. Noch gravierender war aber, dass mit 7,5 % der Stimmen die bis kurz vor der Wahl in Berlin nahezu unbekanntes Republikaner aus dem Stand in das Abgeordnetenhaus einzogen.

1983 gleichermaßen als konservative Alternative zur Union wie als neue Rechtspartei gegründet, hatten sich die Republikaner rasch radikalisiert und nun erstmals den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde geschafft. Es war der erste Wahlerfolg einer rechtsextremen Partei seit den Erfolgen der NPD in den 1960er-Jahren, für den mehrere Faktoren verantwortlich waren. Dazu zählten in einem größeren Kontext enttäuschte Hoffnungen nach dem Ausbleiben einer »geistig-moralischen Wende«, die Sehnsucht nach einer »vierten Partei« und Ambitionen zur parteipolitischen Sammlung der nationalen Opposition.¹ Hinzu kamen seit Mitte der 1980er-Jahre verstärkt geführte Debatten um die steigende Zahl von Asylbewerbern, die von nicht wenigen Westberlinern zusammen mit zahlreichen Aus- und Übersiedlern als Bedrohung empfunden wurden – zumal der dortige Arbeits- und Wohnungsmarkt stark angespannt war.² Während CDU und SPD über diese Probleme gerne hinwegsahen und mit Skandalen zu kämpfen hatten³, knüpften die Republikaner an die schlechte Stimmungslage der Bevölkerung an und befeuerten diese gezielt. In einem Wahlwerbespot hetzten sie unter anderem gegen Migranten, was sie schlagartig bekannt machte.⁴

Politiker und Journalisten waren nach dem Wahlerfolg der Republikaner in Berlin zunächst ratlos. Der Deutschlandfunk hatte zur Wahlanalyse daher einen

1 Vgl. *Moritz Fischer*, Die »Parteienkrise« und die Identität des Konservativen. Die Gründung der Republikaner 1983–1985, in: *Felix Lieb/Thorsten Holzhauser* (Hrsg.), Parteien in der »Krise«. Wandel der Parteiendemokratie in den 1980er- und 1990er-Jahren, Berlin 2021, S. 70–83.

2 Vgl. *Ulrich Herbert*, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2017, S. 263 ff.

3 Am gravierendsten war der Korruptionsskandal um den CDU-Baustadtrat Wolfgang Antes. Vgl. dazu *Wilfried Rott*, Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948–1990, München 2009, S. 377–384.

4 Ein Transkript des Wahlspots findet sich bei *Claus Leggewie*, Die Republikaner. Phantombild der neuen Rechten, Berlin 1989, S. 13.

bekanntesten Experten eingeladen: den Politikwissenschaftler und Historiker Karl Dietrich Bracher, einen Doyen der Totalitarismusforschung, der sich mit Studien zur »Auflösung der Weimarer Republik« schon früh einen Namen gemacht hatte.⁵ Kein Wunder, dass Bracher umgehend gefragt wurde, ob man es angesichts der Stärke linker und rechter Flügelparteien mit »Weimarer Verhältnisse[n]« zu tun habe. Bracher meinte, zumindest einen »Hauch von Weimar« zu spüren, denn die »Ziele« von AL und Republikanern lägen »haarscharf an der Grenze dessen, was eine parlamentarische Demokratie noch ertragen« könne. Was die Republikaner angehe, so trete »hier der Nationalismus wieder in Erscheinung, den wir glaubten wirklich überwunden zu haben«.⁶

Die Republikaner waren damit zwar Teil eines europaweit zu beobachtenden Aufstiegs nationalistischer Parteien⁷, doch insbesondere in der Bundesrepublik löste diese Entwicklung Erinnerungen an den Aufstieg der NSDAP in der Weimarer Republik aus. Eine Wiederholung der Geschichte, ein »zweites Weimar« zu verhindern, gehörte zur DNA der westdeutschen Republik.⁸ Die Rechtspartei forderte diese Grundüberzeugung heraus und provozierte infolgedessen intensive politische Diskussionen. Diese Reaktionen stehen im Mittelpunkt dieses Beitrags, der der These folgt, dass die Auseinandersetzung mit den Republikanern den heutigen Umgang mit Rechtsparteien vorgeprägt hat. Um den Ausgangspunkt dieses langen Echos auszumachen, setzt die Analyse auf drei Ebenen an. Zunächst stehen sozialwissenschaftliche Vermessungen der Partei und ihrer Wähler im Mittelpunkt, deren Deutungen recht bald zu dominanten Narrativen führten. Diese wirkten sich wiederum auf den politischen Umgang mit der Partei wie auch auf deren eigenes Agieren aus, was in einem weiteren Schritt untersucht wird. Zuletzt soll der Blick geweitet und auf zivilgesellschaftliche Reaktionen gelenkt werden, die zu einer zunehmenden Stigmatisierung und damit zu einem »Othering« der Republikaner führten.⁹ Die deutsche Mehrheitsgesellschaft aktualisierte also in bewusster Abgrenzung zur Partei ihr demokratisches Selbstbild.

5 Vgl. *Karl Dietrich Bracher*, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Stuttgart/Düsseldorf 1955.

6 Deutschlandfunk, Informationen am Morgen, 1.2.1989, 6.45 Uhr.

7 Vgl. *Andreas Wirsching*, Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, Bonn 2012, S. 328–339; *Hans-Georg Betz*, Radical Right-Wing Populism in Western Europe, Houndmills/London 1994.

8 Vgl. *Andreas Wirsching*, »Weimar«! Theorie und Praxis eines politischen Arguments, in: *Hanno Hochmuth/Martin Sabrow/Tilman Siebeneichner* (Hrsg.), Weimars Wirkung. Das Nachleben der ersten deutschen Republik, Göttingen 2020, S. 212–229.

9 Der Begriff des »Othering« ist vor allem in feministischen und postkolonialen Diskursen präsent. Vgl. zum Überblick *Oscar Thomas-Olalde/Astride Velho*, Othering and Its Effects – Exploring the Concept, in: *Heike Niedrig/Christian Ydesen* (Hrsg.), Writing Postcolonial Histories of Intercultural Education, Frankfurt am Main/Berlin etc. 2011, S. 27–50.

I. Die Konstruktion des Republikaner-Wählers: Sozialwissenschaftliche Vermessungen der Partei

Wer ist ein Republikaner-Wähler? Woran erkennt man ihn? Mit diesen an Sebastian Haffner angelehnten Fragen über den Wesenskern eines Nationalsozialisten beschäftigten sich 1989 viele Deutsche.¹⁰ Unerklärlich schien vielen Menschen schlicht, wie die Republikaner es in diesem Jahr geschafft haben konnten, zuerst in das Berliner Abgeordnetenhaus und später noch in das Europäische Parlament einzuziehen. Medien wie der SPIEGEL versuchten, Antworten zu geben, und entwarfen dafür ein Bild, das bis heute nachwirkt. Dem zufolge trank der Republikaner-Wähler gerne Bier und jubelte im Bierzelt den dumpfen Parolen des Parteivorsitzenden Franz Schönhuber zu. Die Republikaner als weiß-blaue Bierzelt-Partei also, deren meist männliche Anhänger sich vom Alkohol ermutigt ganz den Worten eines chauvinistischen Agitators hingaben. Der Republikaner-Wähler gehörte hier zu einer verpixelten Masse, die sich leicht verführen lasse – ganz so, wie es 1933 schon einmal passiert sei (Abbildung 1). Die Sendung »Panorama« bestritt ihren 1989 gesendeten Bericht über das Programm der Republikaner beinahe vollständig mit Bierzelt-Szenen, die ein Sprecher aus dem Off mit den Worten einleitete, es handle sich um »Wahlkampf um Prozente, mit Promilleparolen und Patriotismus«.¹¹ Einmal in die Welt gesetzt, machte dieses Image eine einmalige Karriere: Claus Leggewie nannte Schönhuber 1989 in Anschluss an den Historikerstreit den »Ernst Nolte des Bierzelts«¹²; und Axel Schildt beschrieb zehn Jahre später ganz im Bann dieser Deutung die Republikaner als Partei, die »[f]ernab intellektueller Diskussionen« das Licht der Welt erblickt hätte.¹³

Diese Vorstellungen waren allzu simpel. Sie boten aber eine einfache Erklärung für eine Realität, die weder schwarz noch weiß war. Sozialwissenschaftlern war bewusst, dass dieses insbesondere von den Medien gezeichnete Bild nur *eine* Realität der Republikaner abbildete. Sie nahmen sich nun der Aufgabe an, der deutschen Wissensgesellschaft Erklärungen für die Erfolge der Republikaner zu liefern und damit den Weg zu Gegenmaßnahmen zu weisen. Es ging dabei weniger um die Frage, welche Menschen mit welchen sozialen Merkmalen die Republikaner wählten, sondern um deren Motive. Hier erwiesen sich die Republikaner als harter Brocken: Vergleicht man die Wählergruppen der Partei seit ihrem ersten kleinen Wahlerfolg 1986 in Bayern, so fällt auf, dass sich diese von Wahl zu Wahl stärker unterschieden. Die Republikaner-Wähler kamen – so zeigt es der sozialhistorische Rückblick –

10 Vgl. *Sebastian Haffner*, Germany. Jekyll & Hyde 1939: Deutschland von innen betrachtet, Berlin 1996, S. 68. Vgl. dazu ausführlich *Janosch Steuwer/Hanne Leßau*, »Wer ist ein Nazi? Und woran erkennt man ihn?« Zur Unterscheidung von Nationalsozialisten und anderen Deutschen, in: *Mittelweg* 36 23, 2014, H. 1, S. 30–51.

11 Stramm rechts: Schönhuber und sein Programm, Das Erste, Panorama, Sendung vom 16.5.1989, URL: <[12 *Leggewie*, Die Republikaner, S. 96.](https://www.ardmediathek.de/video/panorama/stramm-rechts-schoenhuber-und-sein-programm/das-erste/Y3jpZDovL25kci5kZS8zMjYwODQ3MS0yYzUzLTQ1OGMtYjkyMC1jMjY5YjQ0ODU4NTg>https://www.ardmediathek.de/video/panorama/stramm-rechts-schoenhuber-und-sein-programm/das-erste/Y3jpZDovL25kci5kZS8zMjYwODQ3MS0yYzUzLTQ1OGMtYjkyMC1jMjY5YjQ0ODU4NTg> [9.1.2023].</p>
</div>
<div data-bbox=)

13 *Axel Schildt*, Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998, S. 250.

aus der viel beschworenen Mitte der Gesellschaft. Waren bei der Wahl in Berlin im Januar 1989 noch Menschen aus Wahlkreisen mit hohem Arbeiter- und niedrigem Ausländeranteil überrepräsentiert¹⁴, war das wenige Monate später bei der Europawahl nicht mehr zu beobachten: Hier waren nur noch zwei relevante Auffälligkeiten festzustellen: ein Nord-Süd-Gefälle mit einem Schwerpunkt der Republikaner in Bayern und Baden-Württemberg sowie ein Unterschied zwischen Frauen und Männern. Letztere wählten deutlich öfter die Republikaner.¹⁵ Angesichts der sich stets ausweitenden Wählergruppe der Republikaner war jedoch auch nicht sicher, wie lange diese Merkmale noch signifikant bleiben würden. Das Bierzelt als Erklärung war sicherlich nicht hinreichend.



Abbildung 1: Der »Verführer« und seine Masse. Cover Der SPIEGEL 22/1989, 29.5.1989.

Es waren also Theorien zu der Frage nötig, wieso plötzlich vor allem frühere Unions-, SPD- und Nichtwähler ihr Kreuz bei der Schönhuber-Partei machten. Ihre Schlussfolgerungen zogen die Wissenschaftler dabei teilweise ohne Rückgriff auf demoskopische Erhebungen oder wählten diese selektiv, passend zu ihrer Grundthese aus.¹⁶ Vier Theoriestränge lassen sich aus der intensiv geführten Debatte

14 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e. V., Wahl in Berlin. Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus vom 29. Januar 1989, Mannheim 1989, S. 24 f.

15 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e. V., Europawahl. Eine Analyse der 3. Direktwahl zum Europaparlament. 15. bis 18. Juni 1989, Mannheim 1989, S. 18–30; Joachim Hofmann-Göttig, Die Neue Rechte: Die Männerparteien, in: APuZ 39, 1989, H. 41–42, S. 21–31.

16 So etwa Arno Klönne, Aufstand der Modernisierungsoffer, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 34, 1989, H. 5, S. 545–548, oder auch Hans-Gerd Jaschke, Die »Republikaner«. Profile einer Rechtsaußen-Partei, Bonn 1993 (zuerst 1990), S. 61–73.

entwirren, wenngleich es häufig Überschneidungen¹⁷ gab: *erstens* eine rein politische Argumentation, die das politische Geschehen mehr oder weniger anhand eines Marktmodells bewertete. Die Republikaner machten in diesem Sinne ein politisches Angebot, das aufgrund einer Repräsentationslücke offensichtlich nachgefragt war. Claus Leggewie war einer der prominentesten Vertreter dieser These. Der Gießener Professor für Politikwissenschaften konstatierte: Die Republikaner »sind eher die Reaktion auf eine säkulare Linksentwicklung der deutschen Gesellschaft seit dem Krieg und das Scheitern des von der CDU/CSU gegebenen Versprechens der geistig-moralischen Wende«. ¹⁸ Zwar stimmte es, dass sich die Republikaner auch aus enttäuschten Anhängern einer wie auch immer gearteten »geistig-moralischen Wende« rekrutierten, doch hatte es dieses Versprechen ausformuliert auch nie gegeben. ¹⁹ Ironischerweise stimmte Leggewie damit implizit den Thesen der Neuen Rechten zu, dass die Union – insbesondere die CDU – ihr konservatives Element verloren habe. ²⁰ Einen Beleg dafür, dass die Republikaner als explizit konservative Alternative zur Union gewählt wurden, gab es indes nicht. Ein *zweiter* Diskussionsstrang nahm demgegenüber die soziale Ungleichheit ins Visier und sah in den Wählern der Republikaner nicht selten »Modernisierungsverlierer«. Schließlich hatte in den 1980er-Jahren die Arbeitslosigkeit rapide zugenommen, was unter anderem zu einer breiten Diskussion über den Sozialstaat führte. ²¹ Der Begriff der »Zwei-Drittel-Gesellschaft« war in diesem Kontext rasch in aller Munde. Der SPD-Politiker und -Vordenker Peter Glotz hatte damit eine Gesellschaft bezeichnet, in der zwei Drittel der Bürger von der wirtschaftlichen Entwicklung profitierten, während ein Drittel den Anschluss verloren habe und abgehängt worden sei. Der Begriff der Modernisierung blieb dabei amorph. Ihm lag nicht immer eine eindeutige Theorie zugrunde, sondern er sollte ganz unterschiedliche wirtschaftliche, soziale und zunehmend auch kulturelle Prozesse beschreiben, die nur schwierig auf einen Nenner zu bringen waren. ²² Nicht Modernisierung als teleologischer, positiv konnotierter und normativ aufgeladener Basisprozess war gemeint, adressiert wurden vielmehr bestimmte *Varianten der Modernisierung* seit Ende der 1960er-Jahre. In einer rein negativen Bewertung des Begriffs bedeutete Modernisierung die totale Durchsetzung der kapitalistischen Ökonomie, die immer mehr Opfer forderte. Folgerichtig waren für den Paderborner Soziologen Arno Klönne die Wähler der

17 Norbert Lepszy, Die Republikaner. Ideologie – Programm – Organisation, in: APuZ 39, 1989, H. 41–42, S. 3–9, hier: S. 8 f., sah gerade in der Kombination der im Folgenden genannten Faktoren die Ursache des Aufstiegs der Republikaner.

18 Claus Leggewie, REPs, Antifa und Republikaner, in: Martina Kirfel/Walter Oswalt (Hrsg.), Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa, Wien 1989, S. 65–68, hier: S. 66.

19 Vgl. Peter Hoeres, Von der »Tendenzwende« zur »geistig-moralischen Wende«. Konstruktion und Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren, in: VfZ 61, 2013, S. 93–119; Andreas Wirsching, Die mediale »Konstruktion« der Politik und die »Wende« von 1982/83, in: HPM 9, 2002, S. 127–139.

20 Vgl. Fischer, Die »Parteienkrise« und die Identität des Konservativen, S. 78 f.

21 Vgl. Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006, S. 236–242 und 334–340.

22 Zur Geschichte der Modernisierungstheorie vgl. Thomas Mergel, Modernisierung, 27.4.2011, in: Europäische Geschichte Online (EGO), URL: <<http://www.ieg-ego.eu/mergelt-2011-de>> [9.1.2023].

Republikaner keine »Modernisierungsverlierer«, sondern »Modernisierungsoffer«, also Statisten auf der Bühne der sozioökonomischen Entwicklung.²³ Ähnlich argumentierte der Marburger Politologe und Faschismusexperte Reinhard Kühnl, der einer reinen Negativerzählung des Spätkapitalismus Raum gab.²⁴ Er argumentierte noch ganz im Zeichen der Industriemoderne, was auch auf seine generationelle Prägung zurückzuführen sein dürfte. Das »Scheitern von Weimar« war in diesem Denken noch sehr viel stärker präsent als bei jüngeren Generationen.

Richard Stöss, Hajo Funke und Hans-Gerd Jaschke waren Teil einer solchen jüngeren Generation von Politikwissenschaftlern, die diesem Ansatz widersprach.²⁵ So wenig wie es *die* Modernisierung gab, gab es somit *den* Modernisierungsverlierer.²⁶ Er war ein Konstrukt, das mit ganz unterschiedlichen Prämissen funktionierte. In den Augen von Stöss und anderen war es gerade nicht das Arbeitermilieu, das als Wählerbasis der Republikaner diene – ja es konnte gar kein Faktor sein. Modernisierung, wie sie den Begriff verstanden, bedeutete nämlich gerade die Auflösung traditioneller sozialer Milieus und sozialer Strukturen im Zuge der Deindustrialisierung. Im Mittelpunkt dieses *dritten* Diskursstrangs stand der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, die für viele – vor allem ältere, männliche – Arbeiter nur prekäre Beschäftigungsverhältnisse biete, den Konkurrenzdruck erhöhe und lebenslanges Lernen erfordere.²⁷ Der Republikaner-Wähler war also nicht von Armut betroffen, sondern von relativer, *gefühlter* Benachteiligung in einer sich rasant wandelnden Gesellschaft.²⁸ Tatsächlich waren die Republikaner unter anderem ein Produkt der seit den 1970er-Jahren zu beobachtenden Deindustrialisierung sowie der damit einhergehenden Auflösung der traditionellen Wählermilieus, die eine zunehmende Individualisierung zur Folge hatte.²⁹ Doch machte das die Wähler

23 Klönne, Aufstand der Modernisierungsoffer.

24 Vgl. Reinhard Kühnl, Der (aufhaltsame) Aufstieg rechtsextremer Parteien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 34, 1989, H. 3, S. 280–293; ders., Gefahr von rechts? Vergangenheit und Gegenwart der extremen Rechten, Heilbronn 1990, S. 134–138.

25 Vgl. hier und im Folgenden Richard Stöss, Die »Republikaner«. Woher sie kommen; was sie wollen; wer sie wählt; was zu tun ist, Köln 1990, S. 105–108; Hajo Funke, Republikaner. Rassismus, Judenfeindschaft, nationaler Größenwahn, Berlin 1989, S. 13 f., 101 f. und 106–110; Jaschke, Die »Republikaner«, S. 61–73.

26 Vgl. zur Modernisierungsverlierer-These auch Peter Guggemos, Politische Einstellungen von Republikaner-WählerInnen: Das Angebot der Partei und die politische Nachfrage, Würzburg 2000, S. 338–365.

27 Vgl. etwa Dieter Roth, Sind die Republikaner die fünfte Partei?, in: APuZ 39, 1989, H. 41–42, S. 10–20, hier: S. 20.

28 Ähnlich argumentiert auch Gerhard Paul, Der Schatten Hitlers verblaßt. Die Normalisierung des Rechtsextremismus in den achtziger Jahren, in: ders. (Hrsg.), Hitlers Schatten verblaßt. Die Normalisierung des Rechtsextremismus, Bonn 1989, S. 11–48, hier: S. 44–46. Noch expliziter wurde Paul in ders., Republik und »Republikaner«. Vergangenheit, die nicht vergehen will?, in: ebd., S. 134–163, hier: S. 161.

29 Zum Begriff der Deindustrialisierung vgl. die klassische Studie von Barry Bluestone/Bennett Harrison, The Deindustrialization of America: Plant Closings, Community Abandonment, and the Dismantling of Basic Industry, New York 1982; sowie Steven High, »The Wounds of Class«: A Historiographical Reflection on the Study of Deindustrialization, 1973–2013, in: History Compass 11, 2013, S. 994–1007, und Tim Strangleman, Deindustrialisation and the Historical Sociological Imagination: Making Sense of Work and Industrial Change, in: Sociology 51, 2017, H. 2, S. 466–482.

der Partei nicht automatisch zu Verlierern der Modernisierung. Selbst wenn man der Modernisierungsverlierer-These in Teilen folgt, erklärt sie doch nicht, weshalb junge und alte oder auch reiche und arme Menschen die Republikaner wählten.

Eine weitere einflussreiche soziologische Theorie schien diese These jedoch zu stützen: Ulrich Becks »Risikogesellschaft«.³⁰ Weniger die Risikogesellschaft selbst, sondern insbesondere die Ausführungen zu den Folgen der Individualisierung ließen sich nahtlos in das Konzept des »Modernisierungsverlierers« einfügen.³¹ Gleiches galt für das von Jürgen Habermas geprägte Diktum der »Neue[n] Unübersichtlichkeit«, das der Komplexität der Situation Ausdruck verlieh.³² Auch der von Beck konstatierte Verlust der Wahrheit im Zeitalter der »reflexiven Modernisierung« ließ sich mit der scheinbaren Irrationalität der Republikaner und ihrer Wähler in Verbindung bringen. Waren sie nicht das beste Beispiel für eine »andere ›Wirklichkeit««, alternative Fakten, wie man seit Donald Trump sagen würde?³³ Widersprüche zwischen Becks und Habermas' Theorien und der »Modernisierungsverlierer«-These, wie etwa die unterschiedliche Bewertung der Bedeutungen von Ökonomie und des Kapitalismus, blieben dabei außen vor.

Gerade wegen der ebenso möglichen nicht ökonomischen Argumentation waren die Schlagworte Komplexität, Unübersichtlichkeit, Individualisierung und Moderne auch im konservativen Diskurs stark präsent.³⁴ In einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung hieß es lapidar, dass rechtsradikale und rechtsextreme Parteien »den Protest von rechts gegen den gesellschaftlichen Wandel, gegen die Modernität, Komplexität und Pluralität unserer heutigen Gesellschaft« mobilisierten.³⁵ CDU-Politiker wie Kohl, Heiner Geißler, Kurt Biedenkopf und Volker Rühle reduzierten all das auf ein Wort: Angst.³⁶ Wovor genau die Republikaner-Wähler Angst hatten – vor sozialem Abstieg, vor zu vielen Ausländern oder vor Umweltproblemen –, darüber ließ sich streiten. Angst und Komplexität waren Container-Begriffe, die sich daher zu einem wichtigen Diskurselement in der CDU entwickelten, über das verschiede-

30 Vgl. *Ulrich Beck*, *Risikogesellschaft*. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986. Zur Geschichte und Bedeutung des Buchs vgl. *Gabriele Metzler*, *Demokratisierung des Risikos? Ulrich Becks »Risikogesellschaft«*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 7, 2010, S. 323–327; *Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael*, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2012 (zuerst 2008), S. 85–90. *Jaschke*, *Die »Republikaner«*, S. 69 f., bezog sich beispielsweise explizit auf Becks Forschung.

31 Vgl. *Beck*, *Risikogesellschaft*, S. 115.

32 *Jürgen Habermas*, *Die Neue Unübersichtlichkeit*. Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in: *Merkur* 39, 1985, H. 431, S. 1–14. Vgl. dazu *Cord Arendes*, *Auf der Suche nach dem roten Faden*. Jürgen Habermas' Lesarten der europäischen Moderne in unübersichtlichen Zeiten, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 7, 2010, S. 152–157. *Jaschke*, *Die »Republikaner«*, S. 69, bezog sich auch auf Habermas.

33 *Beck*, *Risikogesellschaft*, S. 271.

34 Vgl. dazu auch *Wirsching*, *Abschied vom Provisorium*, S. 208–212; *ders.*, *Eine »Ära Kohl«?* Die widersprüchliche Signatur deutscher Regierungspolitik 1982–1998, in: *AfS* 52, 2012, S. 667–684, hier: S. 683.

35 *Die REP. Analyse und politische Bewertung einer rechtsradikalen Partei*, hrsg. v. der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn 1989, S. 2. Vgl. dazu auch das Pressestatement von Heiner Geißler bei der Vorstellung der Studie am 18.5.1989, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), 07-001-12398.

36 Vgl. dazu beispielsweise die Diskussion im Ergebnisprotokoll der Sitzung des erweiterten Bundesvorstandes der CDU, 30.1.1989, ACDP, 07-001-1101.

ne Positionen verhandelt werden konnten. Der Topos Angst machte aber auch aufseiten der Liberalen und der Linken Karriere. So wurde in einer Analyse der FDP geschlussfolgert, dass es »im wesentlichen Stimmungen und Ängste seien«, von denen die Republikaner profitierten.³⁷ Auch Jaschke nannte unter Rückgriff auf Erich Fromm Angst als Triebfeder, die zu »autoritär-nationalistischen Einstellungen« führen könne.³⁸ Dabei rekurrierte er auf neuere Untersuchungen von jugendlichem Rechtsextremismus des Sozialforschers Wilhelm Heitmeyer, der konstatiert hatte: »Angst ist ohnehin das zentrale Motiv für Rechtsextremismus.«³⁹ Bei sich durch Modernisierung und Individualisierung bedroht fühlenden Mitgliedern der »Zwei-Drittel-Gesellschaft« werde ein »psychologische[r] Verteidigungsmechanismus« aktiviert, der zu rechtem Protest führe, so Jaschke.⁴⁰

Konservative und linke Debattenteilnehmer standen sich damit in ihrer Argumentation näher, als mancher zugeben wollte. Unbeantwortet blieb bei einer solch allgemeinen Argumentation aber die Frage, weshalb ausgerechnet die Republikaner Nutznießer der Unzulänglichkeiten der Moderne waren. Klönne fiel die Antwort darauf leicht: Die Linke, insbesondere die SPD, setze eben nicht mehr bei den »Produktionsbedingungen« des Rechtsfundamentalismus an, weshalb sie keine authentische politische Alternative für sozial Benachteiligte darstelle.⁴¹ Glotz widersprach dem. Eine solche Entpolitisierung des Diskurses wollte er nicht gelten lassen. Man müsse in Politik und Weltanschauung den eigentlichen Grund für den neuen »Rechtspopulismus« suchen. Ökonomie und soziale Ungleichheit seien lediglich das »Düngemittel«, das die Saat des Populismus wachsen lasse.⁴² Noch schärfer wurde Kurt Hirsch, der forderte, »mit der Verniedlichung der Wähler« der Republikaner aufzuhören. Man müsse sie als das bezeichnen, was sie sind: Gesinnungstäter, die wüssten, was sie tun.⁴³

Die Grünen taten sich mit all diesen unterschiedlichen ökonomischen und sozialpsychologischen Ansätzen schwer, einen gemeinsamen Nenner der Debatte auszumachen. Aufgrund ihrer ideologischen Breite waren sie in dieser Frage besonders zerstritten und gingen daher den Weg des geringsten Widerstands, indem sie eine Schrift veröffentlichten, in der unterschiedliche Stimmen zu Wort kamen.⁴⁴ Dort waren dann etwa Texte von Hajo Funke, Wolfgang Gessenharter, Claus Leggewie oder auch Wilhelm Heitmeyer in einer Art Dokumentation zu finden, die unterschiedliche Deutungsangebote machten. Grünen-Politikerinnen und -Politiker wie

37 Argumente zur Auseinandersetzung mit den Republikanern im Europa-Wahlkampf, o. D. [1989], Archiv des Liberalismus, N74-536, Bl. 29.

38 Vgl. Jaschke, Die »Republikaner«, S. 61–73, Zitat: S. 64.

39 »Angst kann man nicht wegemonstrieren«, in: Der SPIEGEL, 25.6.1989. Vgl. dazu allgemein Till Kössler, Antifaschistische Klassenzimmer? Schule, Rechtsextremismus und Demokratie nach »Achtundsechzig«, in: Tim Schanetzky/Tobias Freimüller/Kristina Meyer u. a. (Hrsg.), Demokratisierung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts, Göttingen 2020, S. 206–219, hier: S. 213–215.

40 Jaschke, Die »Republikaner«, S. 62.

41 Klönne, Aufstand der Modernisierungsoffer, S. 548.

42 Peter Glotz, Die deutsche Rechte. Eine Streitschrift, Stuttgart 1989, S. 50 f.

43 Vgl. Kurt Hirsch, Rechts, REPs, Rechts. Aktuelles Handbuch zur rechtsextremen Szene, Berlin 1990, S. 87.

44 Vgl. Argumente gegen REPs & Co., hrsg. v. Bundesvorstand der Grünen, Bonn o. J. [1989].

Claudia Roth, Winfried Kretschmann, Bernd Ulrich und Antje Vollmer diskutierten darin unterschiedliche Strategien, die die Disparität des Diskurses widerspiegeln. Antje Vollmer sah das Aufkommen der Republikaner etwa als »Normalfall der Demokratie«, dem ebenso gut mit demokratischen Mitteln begegnet werden könne, was die Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus der Grünen in NRW völlig anders sah und als Scheinargument wertete.⁴⁵

Einen anderen Weg ging die SPD, die wie die CDU eine eigene Studie in Auftrag gegeben hatte. Zu den Mitgliedern der »Beratergruppe ›Projekt R‹«, wie sich die einberufene Arbeitsgruppe der Sozialdemokraten nannte, gehörten neben Mitgliedern des SPD-Parteivorstands sowie Wissenschaftlern der Forschungsinstitute Infas, Infratest und Sinus auch Wilhelm Heitmeyer, Eike Hennig, Konrad Schacht und Richard Stöss.⁴⁶ Dementsprechend breit angelegt war die Studie, die einen Bogen von den von Glotz und Leggewie konstatierten Fehlern der CDU über die »Zwei-Drittel-Gesellschaft« und verschiedene Varianten der Modernisierungsverlierer-These bis hin zu sozialpsychologischen Erklärungsmustern spannte.⁴⁷ In der Studie konnten sich alle in ihrer Meinung in irgendeiner Weise bestätigt sehen, auch weil das Motiv des Protests einen sinnstiftenden roten Faden spann.

Im Laufe der Debatte geriet damit die empirische Basis immer mehr ins Hintertreffen. Während Hajo Funke noch vor der Europawahl eher auf der Linie Jaschkes und Heitmeyers argumentierte, sah er sich durch neue Datenerhebungen danach dazu gezwungen, seine Aussagen und Schlussfolgerungen zu differenzieren.⁴⁸ Damit war er aber eine Ausnahme. Nicht mehr das zu erklärende Phänomen, nämlich dass ganz unterschiedliche Menschen mit wenigen sozialstrukturellen Gemeinsamkeiten die Republikaner wählten, stand im Vordergrund, sondern sozialwissenschaftliche Theorien, die man anhand der Republikaner exemplifizierte. Explanans und Explanandum kehrten sich also um.

Was in der Debatte größtenteils fehlte, waren kulturwissenschaftliche Argumentationen. Diese erlebten erst mit dem endgültigen Siegeszug der Kulturwissenschaften in den 1990er-Jahren ihren Durchbruch. Eine Ausnahme war Leggewie, der schon 1990 die These der »kulturellen Modernisierungsverlierer« aufgestellt hatte.⁴⁹ Nach Leggewie handelte es sich dabei in erster Linie um Männer, die – ob jung oder alt – mit den kulturellen Wandlungsprozessen der Gegenwart haderten, insbesondere der wachsenden Bedeutung der Gleichberechtigung. Aktualisierung fand diese These später in Paul Taggarts »Heartland«-Theorie sowie der seit den

45 Aloisius Tritz, Auf dem richtigen Weg, in: Saarbrücker Zeitung, 18.7.1989; Von Kopf bis Fuß auf Deutschland eingestellt. Der moderne Faschismus der »Republikaner«, hrsg. v. der Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus der Grünen NRW, Bielefeld 1990, S. 86.

46 SPD-Parteivorstand/SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.), »Weder verharmlosen noch dämonisieren«. Sozialwissenschaftliche Befunde über die Wählerschaft rechtsextremer Gruppierungen und die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen des parlamentarischen Aufkommens der Partei »Die Republikaner«, Bonn 1989, S. 8.

47 Vgl. ebd., S. 11–19.

48 Vgl. Funke, »Republikaner«, S. 117–140.

49 Claus Leggewie, Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an, Berlin 1990, S. 17. Vgl. auch ders., Rechtsextremismus – eine soziale Bewegung?, in: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schroeder (Hrsg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 325–338, hier: S. 332.

2010er-Jahren laufenden Debatte um *cleavages* zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus oder den *Anywheres* und *Somewheres*.⁵⁰ Mag diese kulturwissenschaftlich aktualisierte Modernisierungsverlierer-These auch angreifbar sein, so weist sie zumindest in eine wichtige Richtung, die »Wurzeln von Antipluralismus und Rechtsextremismus [...] in kulturellen Deutungsmustern« sucht.⁵¹

II. »Jede neue Wohnung ist eine Stimme weniger für die Republikaner.« Politische Reaktionen auf die Republikaner zwischen Partei- und Sozialpolitik

Die These, wer die Republikaner wähle, gehöre zu den »Modernisierungsverlierern«, hatte in ihren unterschiedlichen Facetten und Schattierungen einigen Charme. Zum einen reduzierte sie die Komplexität eines Phänomens, das gleichwohl mit einer komplexen, theoretisch untermauerten Antwort begründet wurde. Sie diene als »middle range concept« zwischen Sozialwissenschaften und Politik.⁵² Die CDU nutzte den Rekurs auf die Komplexität daher als eine Rechtfertigung für Nichthandeln beziehungsweise eine Politik der »kleinen Schritte«.⁵³ Denn wie sollte man komplexe gesellschaftliche Prozesse steuern? Konnte Regierungshandeln überhaupt noch Veränderungen herbeiführen? Insofern spiegelte sich in der Debatte um die Republikaner ein Signum der 1980er-Jahre wider: zum einen in der Wahrnehmung einer in allen Bereichen »gesteigerte[n] Komplexität«⁵⁴, zum anderen in einer ganz bestimmten Art von Komplexitätspolitik, die es noch weiter zu erfordern gilt.⁵⁵

Die These von den »Modernisierungsverlierern« taugte auch als Ressource zur Politikgestaltung. Für die Republikaner bedeutete das, ihren Wahlkampf auf die

50 Vgl. dazu Paul A. Taggart, *Populism*, Buckingham/Philadelphia 2000, S. 4 f. und 21; Wolfgang Merkel, *Kosmopolitismus versus Kommunitarismus*. Ein neuer Konflikt in der Demokratie, in: Philipp Harfst/Ina Kubbe/Thomas Poguntke (Hrsg.), *Parties, Government and Elites. The Comparative Study of Democracy*, Wiesbaden 2017; David Goodhart, *The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics*, London 2017. Alle Theorien haben gemein, dass sie von neuen Spaltungs- oder Konfliktlinien entlang kultureller Grenzen ausgehen, die zu Populismus führen würden.

51 Andreas Wirsching, *Antipluralismus und Rechtsextremismus in der Weimarer Republik*, in: Wolfgang Zimmermann (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Kontinuität – Wandel – Herausforderungen*, Stuttgart 2022, S. 10–18, hier: S. 11 f.

52 Christian Ulbricht, *Forschungsnotiz: Modernisierungsverlierer – eine Begriffsgeschichte*, in: *Zeitschrift für Soziologie* 49, 2020, S. 265–272, hier: S. 266.

53 Zit. nach: Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann, *Einleitung*, in: *dies.* (Bearb.), Helmut Kohl: *Berichte zur Lage 1982–1989. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands*, Düsseldorf 2014, S. VII–LXI, hier: S. XI.

54 Dietmar Süß/Meik Woyke, *Schimanskis Jahrzehnt? Die 1980er Jahre in historischer Perspektive*, in: *AfS* 52, 2012, S. 3–20, hier: S. 19.

55 Zur Geschichte der »Komplexität« in den USA der 1970er-Jahre vgl. Ariane Leendertz, *Amerikanische Policy-Forschung, Komplexität und die Krise des Regierens: Zur gesellschaftlichen Einbettung sozialwissenschaftlicher Begriffsbildung*, in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 42, 2019, S. 43–63, sowie *dies.*, *Das Komplexitätssyndrom: Gesellschaftliche »Komplexität« als intellektuelle und politische Herausforderung*, in: *dies./Wencke Meteling* (Hrsg.), *Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er Jahren*, Frankfurt am Main 2016, S. 89–127. Die hier präsentierte deutsche Debatte ist hingegen völlig unerforscht.

sogenannten Problemviertel einer Stadt zu konzentrieren. Schönhuber hatte die Studien über seine Partei nachweislich rezipiert⁵⁶, weshalb er bei der bayerischen Landtagswahl 1994 im Münchner Stadtteil Hasenberg angetreten wollte, einem sozialen Brennpunkt der Stadt.⁵⁷ Ein Großteil der Politiker der anderen Parteien schlussfolgerte daher, dass es insbesondere sozialpolitischer Anstrengungen bedürfe, um die (ökonomischen) »Modernisierungsverlierer« zurück in den Kreis der demokratischen Parteien zu holen. Man konnte den Wählern der Republikaner schließlich schlecht erklären, dass sie die Komplexität der Moderne mitsamt ihren Schattenseiten schlicht zu akzeptieren hätten. Letztlich blieb als Option nur der Versuch, negative Auswirkungen durch den Wohlfahrtsstaat einzuhegen. Mit sozioökonomischen Eingriffen, so war sich eine Mehrheit der Politiker in CDU und SPD einig, könne man den Erfolg der Republikaner zumindest dämpfen. Die Bundesregierung machte sich daher daran, Langzeitarbeitslosigkeit und Wohnungsnot zu bekämpfen. Dadurch, so die Idee, würde es keine Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt zwischen den Einheimischen, Aussiedlern, Übersiedlern und Asylbewerbern mehr geben. Schon am 30. Januar 1989 machte Kohl den Wohnungsbau daher zu einem der Hauptthemen der Partei.⁵⁸ Nach der Europawahl wiederholte er diesen Punkt und sah zusätzlich bei der Langzeitarbeitslosigkeit Handlungsbedarf.⁵⁹ Auch die SPD hatte im Februar 1989 konstatiert:

»Wir fordern die Unionsparteien auf, ihre falsche Wirtschafts-, Sozial-, Wohnungsbaupolitik aufzugeben und stattdessen mit uns gemeinsam wirklich moderne, den Problemen angemessene Reformen anzupacken, damit der soziale Zündstoff – und damit ein Grund des Aufstiegs der neuen Rechten – entfällt.«⁶⁰

Walter Momper wurde sogar mit den Worten zitiert: »Jede neue Wohnung ist eine Stimme weniger für die Republikaner.«⁶¹

Zum einen forcierte die Bundesregierung daher seit März 1989 den Bau neuer Wohnungen.⁶² Im April beschloss sie zum anderen die »Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose«, ein 1,5 Milliarden DM schweres Programm, das Langzeitarbeitslose unter anderem durch Lohnkostenzuschüsse wieder in Arbeit bringen sollte. Mehrere Hundert Millionen DM stellte Bonn zudem für ein Maßnahmenpa-

56 Schönhuber an Schönbohm, 9.5.1989, Bayerisches Hauptstaatsarchiv (BayHStA), NL Schönhuber 171.

57 Schönhuber tritt am Hasenberg an, in: *Süddeutsche Zeitung*, 21.10.1993.

58 Lagebericht v. 30. Januar 1989, in: *Buchstab/Kleinmann*, Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989, S. 684–690, hier: S. 687 f.

59 Lagebericht v. 19. Juni 1989, in: ebd., S. 737–749, hier: S. 738 f.

60 Karl-Heinz Klär: Der Kampf gegen Rechts (die »neue Rechte«) und die Verantwortung von CDU und CSU, 21.2.1989, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD), 2-PVDE000028.

61 *Adolf Wagner*, Armut als Erziehung, in: *Vorgänge* 28, 1989, H. 4, S. 27–37, hier: S. 27.

62 Vgl. *Tilman Harlander*, Wohnungspolitik, in: *Manfred G. Schmidt* (Hrsg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 7: Bundesrepublik Deutschland 1982–1989. Finanzielle Konsolidierung und institutionelle Reform, Baden-Baden 2005, S. 683–712, hier: S. 709 f.

ket zur Projektförderung von Langzeitarbeitslosen zur Verfügung.⁶³ »Auch wenn man annehmen« dürfe, so die Süddeutsche Zeitung, »daß in erster Linie das Schielen nach Wählerstimmen und nicht die tiefe Sorge um die am Rande der Wohlstandsgesellschaft Lebenden das Motiv« für das Programm war, so sei doch zu konstatieren, »daß die Maßnahme an der richtigen Stelle« ansetze.⁶⁴

Das parteipolitische Gefecht wurde indes mit anderen Waffen geführt. Union und SPD, die von der Abwanderung von Wählern zu den Republikanern in erster Linie betroffen waren, verfolgten dabei im Grunde die gleiche Strategie: *Erstens* praktizierten beide Parteien eine Strategie der »Stigmatisierung«; sie brandmarkten die Republikaner als rechtsradikal oder rechtsextrem. Die CDU schreckte dabei davor zurück, auch die Wähler der Partei als solche zu bezeichnen, während in der SPD auch die Position kursierte, diese nicht nur mit Samthandschuhen anzufassen, »sondern die von ihnen vertretenen rechten Positionen auch hart« anzugreifen.⁶⁵ *Zweitens* wollten Union und SPD die Republikaner in erster Linie politisch und nicht mit staatlichen Mitteln bekämpfen.⁶⁶ Das schlug sich bei der CDU auch in den Begriffen nieder: Sie bezeichneten die Republikaner nicht wie die SPD als rechtsextrem, womit sie ein Fall für den Verfassungsschutz geworden wären, sondern als rechtsradikal.⁶⁷ Intern hieß es dazu: »Die REP sind eine populistische, rechtsradikale Partei, aber keine verfassungswidrige rechtsextreme Partei.«⁶⁸ Damit konnte die Union ihre antitotalitäre Strategie aufrechterhalten und sich als Gegnerin von Republikanern und Grünen in Szene setzen.⁶⁹ Nur Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und sein bayerischer Kollege Edmund Stoiber kündigten bei der Vorstellung der jeweiligen Verfassungsschutzberichte an, die Partei genauer in den Blick zu nehmen, auch wenn es im Moment keine konkreten Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Zielsetzungen gebe.⁷⁰

Ziel von Union und SPD war es *drittens*, die anderen politischen Parteien unter Druck zu setzen und nicht direkt in den Schlagabtausch mit den Republikanern

63 Vgl. Günther Schmid/Frank Oschmiansky, Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosenversicherung, in: ebd., S. 237–287, hier: S. 262.

64 H. M., Ein richtiger Ansatz, in: Süddeutsche Zeitung, 28.4.1989.

65 Vgl. etwa Lagebericht v. 30. Januar 1989, in: Buchstab/Kleinmann, Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989, S. 684–690, hier: S. 689; Martin Stadelmaier: Rechtsextreme Parteien und ihre Anhängerschaft. Vorlage für die Präsidiumssitzung am 5. Juni 1989, o. D., AdSD, NL Putzrath 22; Karl-Heinz Klär: Einige Vorschläge zum sprachlichen und politischen Umgang mit der rechten Szene im bundesrepublikanischen Parteienspektrum, 2.3.1989, AdSD, 2-PVDE000028.

66 Zur SPD vgl. Karl-Heinz Klär: Einige Vorschläge zum sprachlichen und politischen Umgang mit der rechten Szene im bundesrepublikanischen Parteienspektrum, 2.3.1989, AdSD, 2-PVDE000028.

67 Vgl. Ralf Grünke, Geheiligte Mittel? Der Umgang von CDU/CSU und SPD mit den Republikanern, Baden-Baden 2006, S. 320 f.

68 Überlegungen zur Strategie der CDU gegenüber den REP, 14.4.1989, ACDP, 07-001-17110.

69 In einem Strategiepapier dazu hieß es, dass »klarer als bisher herausgearbeitet« werden müsse, »warum die Grünen eine linksradikale Partei sind, um die Gleichsetzung von Rechts- und Linksradikalen fortsetzen zu können«. Vgl. hierfür Grundsatz- und Planungsabteilung (Schönbohm/Frick): Erste Überlegungen zur Bundestagswahl 1990, 29.6.1989, ACDP, 07-001-1486.

70 Vgl. Roswin Finkenzeller, Stoiber: Republikaner genauer beobachten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.6.1989; ders., Die Angst der CSU vor einem Luftikus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.6.1989; Günter Bannas, Innenminister Schäuble nennt die Republikaner rechtsradikal, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.7.1989.

einzutreten und damit aufzuwerten. Für die Union bedeutete das, den Koalitionspartner FDP sowie auch die SPD unter Druck zu setzen, während die Sozialdemokraten umgekehrt die Republikaner instrumentalisierten, um CDU und CSU vor sich herzutreiben. Beide Parteien folgten dem Konzept der politischen Mitte, die es möglichst breit zu besetzen gelte. Die Union nutzte dafür, neben dem Engagement in der Sozialpolitik, das Thema Asyl, um nach außen hin klar zu zeigen, dass bei ihr alle Wählerschichten gut aufgehoben seien. Der Ton in der Asyldebatte wurde damit abermals rauer. Kohl ließ sich im alltäglichen Regierungshandeln nicht von den Republikanern unter Druck setzen, gab aber die Parole aus, dass alle Themen, die die »nationalen Fragen« betreffen, »anzugehen« und die Wähler der Republikaner »zurückzuholen« seien.⁷¹ Ins Hintertreffen gerieten damit diejenigen, die wie Rita Süßmuth forderten, die Republikaner-Wähler »auf neue Themen zu leiten« – welche auch immer das sein mochten.⁷² Die CSU und Teile der CDU forderten demgegenüber wie auch die Republikaner eine Einschränkung des im Grundgesetz verbrieften Asylrechts und schoben den schwarzen Peter dann der FDP und der SPD zu, die die geforderte Grundgesetzänderung verunmöglichen würden.⁷³ Stoiber wollte die Republikaner eben nicht zum politischen Hauptgegner küren und sagte daher in einem Interview:

»Wenn Herr Schönhuber eine entsprechende Grundgesetzänderung fordert, dann wird es deswegen nicht falsch, weil es Herr Schönhuber fordert. Nur muß man klarmachen, daß es überhaupt nichts nutzt, wegen dieser Frage jetzt rechtsradikal zu wählen – damit erreicht man noch weniger.«⁷⁴

Für die SPD wandelte die Union damit auf den Spuren Schönhubers. Horst Ehmke zufolge saßen die Republikaner schon »unsichtbar am Kabinetttisch in Bonn«.⁷⁵ Sie tat alles, um in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, dass CDU und CSU im tiefsten Inneren eine Koalition mit den Republikanern herbeisehten. In einer Vorlage für die Präsidiumssitzung der SPD am 5. Juni 1989 schlug Martin Stadelmaier vor, dass die »Nähe von Teilen der CDU/CSU zu den REPS [...] immer wieder thematisiert« werden müsse.⁷⁶ Dabei konnten sie auch auf konkrete Beispiele verweisen, etwa auf Heinrich Lummer, seines Zeichens stellvertretender Vorsitzender der Berliner CDU und von 1981 bis 1986 Innensenator der Stadt. Unmittelbar nach der Wahl hatte er zugegeben, im Vorfeld zweimal mit Franz Schönhuber gesprochen zu haben – angeblich, weil er die Republikaner von einer Kandidatur in Berlin

71 Lagebericht v. 19. Juni 1989, in: *Buchstab/Kleinmann*, Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989, S. 737–749, hier: S. 743.

72 Ergebnisprotokoll der Sitzung des erweiterten Bundesvorstandes der CDU, 19.6.1989, ACDP, 07-001-1107.

73 So forderte auch Lothar Späth, das »Ausländerthema als Streitthema« zu nutzen, um »unterschiede zur SPD« aufzuzeigen (Ergebnisprotokoll der Sitzung des erweiterten Bundesvorstandes der CDU, 19.6.1989, ACDP, 07-001-1107). Vgl. dazu auch *Herbert*, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, S. 281.

74 Ähnlichkeit mit der Nazi-Demagogie nicht übersehen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 30.6.1989.

75 Späth sieht Stabilität gefährdet, in: *Süddeutsche Zeitung*, 18.8.1989.

76 Martin Stadelmaier: Rechtsextreme Parteien und ihre Anhängerschaft. Vorlage für die Präsidiumssitzung am 5. Juni 1989, o. D., AdsD, NL Putzrath 22.

abbringen wollte, nachdem beide Parteien »im selben Wählerreservoir gefischt« hätten. Wie der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alred Dregger – Wortführer der sogenannten Stahlhelm-Fraktion der CDU – hielt er das Programm der Partei über weite Strecken für eine Kopie der CDU und konnte sich eine Koalition mit ihr vorstellen.⁷⁷ Das CDU-Präsidium kam daher nicht umhin, einen klaren Abgrenzungsbeschluss gegenüber »links- und rechtsradikalen Parteien« zu fassen.⁷⁸ Die CSU ging diesen Schritt nicht, denn hier gab es durchaus prominente Stimmen, die für mehr Nähe zu den Republikanern plädierten. Fritz Zimmermann wollte es wie einst bei der Bayernpartei machen: »umarmen und aufsaugen« lautete sein »Rezept«.⁷⁹ Auch Max Streibl, der die Republikaner für eine schlechte Kopie der CSU hielt, hing dieser Umarmungsstrategie an und konnte sich sogar eine Koalition mit Schönhuber vorstellen. Durchgesetzt haben sich aber schließlich Theo Waigel, Edmund Stoiber und Alois Glück, die unisono für eine strikte Abgrenzung plädierten.⁸⁰ Ihrem Selbstverständnis nach durfte es im Sinne von Franz Josef Strauß ohnehin keine demokratisch legitimierte Konkurrenz von rechts geben. Alois Glück warnte in einem internen Positionspapier dementsprechend davor, über eine Koalition mit den Republikanern in Bayern auch nur nachzudenken.⁸¹

Das Problem am Begriff der Abgrenzung war, dass er zwei Bedeutungsebenen hatte. Einerseits beschrieb er eine formale Distanz zu den Republikanern, die nach längeren Debatten alle Parteien für nötig hielten, auch wenn es dabei zu Problemen auf kommunaler Ebene kommen konnte – etwa bei übereinstimmenden Positionen zu Sachanträgen.⁸² Nicht beantwortet war damit aber die Frage, ob man auch von Themen der Republikaner Abstand halten musste. SPD, FDP und Grüne hielten das für absolut notwendig, während CDU und CSU eine Strategie aus Stigmatisierung, formaler Abgrenzung und Themenanpassung für Erfolg versprechend hielten.

Zu einer von Geißler vorgeschlagenen »Gemeinsamkeit der Demokraten gegen Radikale« kam es hingegen nie.⁸³ Nicht nur die Vorstellungen davon, wer oder was unter Radikalen oder Extremisten zu verstehen sei, gingen in den Volksparteien zu weit auseinander. So war die Union nicht bereit, sich zu einer differenzierteren Sicht auf die Grünen durchzuringen. Die SPD wollte sich umgekehrt aus wahlstrategischen Gründen ihren »Bewegungsspielraum« nicht einengen lassen, wie es ein internes SPD-Papier formulierte.⁸⁴ Das hieß, sich Koalitionsoptionen mit den Grünen nicht zu verbauen und zugleich die Möglichkeit zu erhalten, der Union ihre angebliche Nähe zu den Republikanern vorzuwerfen. In dem im SPD-Parteivorstand kursierenden Papier war klar festgehalten: »Wir sollten keine überparteilichen

77 Lummer sprach zweimal mit Schönhuber, in: *Süddeutsche Zeitung*, 1.2.1989. Vgl. dazu ausführlich *Grünke*, *Geheiligte Mittel?*, S. 161–164.

78 Keine politische Zusammenarbeit mit radikalen Parteien, in: *UiD*, 13.7.1989.

79 Zit. nach: *Grünke*, *Geheiligte Mittel?*, S. 171 f.

80 Vgl. *Andreas Kießling*, *Die CSU. Machterhalt und Machterneuerung*, Wiesbaden 2004, S. 166 und 195.

81 *Hans Holzhaider*, *CSU hält Distanz zu den Republikanern*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 3.8.1989.

82 Vgl. dazu etwa Wulf Schönbohm: *Erste Überlegungen zur Bundestagswahl 1990*, 29.6.1989, *ACDP*, 07-001-1486.

83 So ein Zitat in Martin Stadelmaier: *Rechtsextreme Parteien und ihre Anhängerschaft*. Vorlage für die Präsidiumssitzung am 5. Juni 1989, o. D., *AdsD*, *NL Putzrath* 22.

84 Ebd.

Bündnisse gegen rechts mitmachen – vielmehr sollten wir Veranstaltungen mit den Gewerkschaften und – wenn es geht – mit Vertretern kirchlicher Organisationen organisieren.«⁸⁵ Für Oskar Lafontaine überwogen denn auch die Chancen, die eine »Destabilisierung am rechten Rand« böte.⁸⁶ Er knüpfte damit an Überlegungen eines Strategiepapiers der Partei aus dem vorherigen Jahr an. Darin hieß es:

»Je besser es der SPD gelingt, den Linienkampf in der Union zu thematisieren, den Rechtsruck zu kritisieren, die liberalen Kräfte ob ihrer Ohnmacht zu bedauern, desto schwerer wird es CDU und CSU fallen, sich aus der o. a. Zwickmühle zu befreien oder gar in taktischer Absicht beide Linien zu fahren. Wir vermuten, daß eine solche dauerhafte Intervention unsererseits die Chancen der Rechtsextremen bei der Europawahl steigern wird (ohne daß wir im Augenblick ein Überschreiten der 5 %-Marke absehen). Zugleich gewinnt die Sozialdemokratie Relief als Garantiemacht des demokratischen Konsenses und der demokratischen Kultur in der Bundesrepublik. In der Wahrnehmung des liberalen Publikums wird uns das in die Mitte rücken.«⁸⁷

Bis in den Sommer 1989 hinein dauerte die politische Debatte über den richtigen Umgang mit den Republikanern. Ab September spielten die Republikaner dann langsam, aber sicher keine große Rolle mehr in den Medien. Das lag zum einen daran, dass in nächster Zeit keine neuen Wahlen stattfanden, zum anderen aber vor allem daran, was in der DDR geschah. Der Fall der Mauer brachte die paradoxe Situation mit sich, dass die Wiedervereinigungspartei Republikaner völlig ins Abseits geriet. Es war zum einen die Stunde der Exekutive, was Helmut Kohl sofort erkannte und damit den Republikanern im Handumdrehen Aufmerksamkeit, Themen und Wähler streitig machte. Die unerbittlichen und nicht selten giftigen Auseinandersetzungen in und zwischen den Parteien traten unter dem Eindruck der Ereignisse völlig in den Hintergrund. Zum anderen grub ausgerechnet die Nation den Nationalisten das Wasser ab. Die Republikaner waren eine Partei der alten Bundesrepublik, die mit ihrem irredentistischen Nationalismus keinen politischen Platz im neuen, wiedervereinigten Deutschland fand: »Einer nationalen Identität unter neurechten Auspizien, welche die Republikaner schon 1985 zum Kern ihres politischen Programms erhoben hatten, verhalf die Wiedervereinigung eben gerade nicht zum Durchbruch.«⁸⁸ Verzweifelt versuchten sie nun, insbesondere auch im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl die Aufgabe der ehemaligen Ostgebiete als »Zementierung Kleinstdeutschlands« zu geißeln, stießen damit aber auf wenig Interesse der Bevölkerung.⁸⁹ Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung

85 Ebd.

86 Protokoll der Sitzung des SPD-Präsidiums, 13.3.1989, AdsD, 2-PVDE000028.

87 Überlegungen zur Strategie der SPD im Licht der neueren Entwicklung auf der Rechten und bei den Grünen, 8.12.1988, AdsD, 2-PVDE000027. Das Papier sorgte für einen kleinen Skandal, als die Süddeutsche Zeitung auf ihrer Seite Drei ein halbes Jahr später darüber berichtete, vgl. dazu *Michael Birnbaum/Michael Stiller*, Taktieren mit beängstigten Zwergen, in: Süddeutsche Zeitung, 14.7.1989.

88 *Moritz Fischer*, Die Neue Rechte im letzten Jahrzehnt der Bonner Republik. Armin Mohler, Franz Schönhuber, Hellmut Diwald und die Gründung des »Deutschlandrats« 1983, in: VfZ 71, 2023, S. 111–153, hier: S. 153.

89 *Rolf Schlierer*, Die Zementierung Kleinstdeutschlands, in: Der Republikaner, Oktober 1990. Vgl. auch *Bernd Siegler*, Mit zitternden Knien vor der 5-Prozent-Hürde, in: taz, 10.10.1990, sowie

folgte dem katholischen, liberalen und romantischen Nationalismus ihres Kanzlers, der die Bundesrepublik fest im Westen verankert halten wollte, und keinem neu-rechten, illiberalen und antiwestlichen Nationalismus Schönhubers.⁹⁰

Festzuhalten bleibt, dass sich in den Reaktionen der im Bundestag vertretenen Parteien auf die Republikaner eine spezifische Form des Umgangs mit rechtsextremen Parteien widerspiegelte. Dieser bestand aus einer sozialpolitischen Komponente, die die vermeintliche Ursache für die Wahl von Parteien wie den Republikanern beseitigen sollte, nämlich soziale Probleme. Zum anderen prägt das Mantra der politischen Bekämpfung rechtsextremer Parteien die Bundesrepublik bis heute.⁹¹ Dabei blieb völlig unklar, was damit konkret gemeint war – abgesehen von der Tatsache, dass Politiker und Experten sich Mittel der wehrhaften Demokratie vorerst nicht bedienen wollten. Diese wollte man allerdings in der Hinterhand behalten, falls die sanfte Extremismusbekämpfung nicht ausreichen sollte. Gegenüber den Republikanern zog man das scharfe Schwert des Verfassungsschutzes erst 1992, als sich die rechtsextreme Terrorwelle mit einer Welle rechtsextremer Wahlerfolge verband, die die Bundesrepublik zu überrollen drohten.

III. Der Aufstieg der Zivilgesellschaft: Die deutsche Mehrheitsgesellschaft und die Republikaner

Eine für den Sozialforscher Christoph Butterwegge »schlüssige Konsequenz« der Modernisierungsverlierer-Theorie war die sogenannte akzeptierende Jugendarbeit.⁹² Die Theorie entsprang einem allgemeinen Trend der Psychologisierung des Rechtsextremismus, die seit Ende der 1970er-Jahre infolge des »therapeutischen Jahrzehnts« zu beobachten war.⁹³ Die staatspolitische Bildung war hingegen gegenüber der »Glatzenpflege auf Staatskosten« – wie die ZEIT den Ansatz polemisch nannte – stark ins Hintertreffen geraten, womit eine Entpolitisierung des Rechtsex-

zur Grenzfrage allgemein *Andreas Rödder*, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, 2., durchges. Aufl., München 2009, S. 236–244.

90 Vgl. *Christian Wicke*, The Personal Nationalism of Helmut Kohl: A Paragon of Germany's New Normality?, in: *Humanities Research* 19, 2013, S. 61–80, sowie *ders.*, Helmut Kohl's Quest for Normality. His Representation of the German Nation and Himself, New York/Oxford 2015.

91 Vgl. etwa *Hagen Strauß*, »Die AfD ist politisch zu bekämpfen«, in: Saarbrücker Zeitung (Online), 3.9.2018, URL: <https://www.saarbruecker-zeitung.de/nachrichten/politik/topthemen/michael-grosse-broemer-cdu-empfehl-die-afd-politisch-zu-bekaempfen_aid-32513237> [10.1.2023].

92 *Christoph Butterwegge*, Strategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, in: *ders./Birgit Griese/Coerw Krüger* u. a. (Hrsg.), Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand, Fallstudien, Gegenstrategien, Opladen 1997, S. 267–318, hier: S. 281. Zur Geschichte der »akzeptierenden Jugendarbeit« vgl. *Lucia Bruns*, Jung, männlich, ostdeutsch, gewalttätig? Die Debatte um Jugendarbeit und rechte Gewalt seit den 1990er Jahren, in: *APuZ* 72, 2022, H. 49–50, S. 39–45, sowie *dies.*, Der NSU-Komplex und die akzeptierende Jugendarbeit. Perspektiven aus der Sozialen Arbeit, Oldenburg 2019.

93 Vgl. *Maik Tändler*, Das therapeutische Jahrzehnt. Der Psychoboom in den siebziger Jahren, Göttingen 2016.

tremismus einherging.⁹⁴ Das stieß Ende der 1980er-Jahre auf immer stärkere Kritik. Klaus Dörre etwa warnte: »Im Zentrum der Gesellschaft erzeugter Rechtsextremismus lässt sich nicht einfach wegerziehen. Daraus folgt: Die Bekämpfung nationalistischer, antidemokratischer Einstellungen ist zuerst eine politische Aufgabe.«⁹⁵ Um 1990 entspann sich infolgedessen eine breite Debatte, wie die Zivilgesellschaft im Gegensatz zu Politik und Staat mit dem erstarkenden Rechtsextremismus umzugehen habe.⁹⁶ Vor allem Wissenschaftler des linken Spektrums wie Butterwegge und Dörre beteiligten sich an dieser Diskussion, durch die neue Strategien im Kampf gegen den Rechtsextremismus entwickelt wurden. Basis sollte dabei traditionelle linke »Gesellschaftskritik und Reformpolitik« sein, um den Rechtsextremismus zu schwächen. Rechtsextremismus sei nach Butterwegge eben »nicht von seinen politisch-ökonomischen und gesellschaftlichen Hintergründen abzulösen«. Um den Rechtsextremismus zu bekämpfen, müsse man daher die gesellschaftlichen Machtverhältnisse ändern.⁹⁷

Diese neue Debatte über den gesellschaftlichen Umgang mit dem Rechtsextremismus zeitigte auf zwei Themenfeldern schon bald konkrete Auswirkungen. So wurde *erstens* die politische Bildung revitalisiert. In deren Zentrum sollte nach Butterwegge nun »kritisches Denken, Konfliktfähigkeit und -bereitschaft, solidarisches Verhalten, Möglichkeiten demokratischer Partizipation, Perspektiven gesellschaftlicher Emanzipation und Maßnahmen zur Integration von (ethnischen) Minoritäten« stehen.⁹⁸ Explizit wandte sich Butterwegge mit dieser aufklärerischen Position gegen Heitmeyer, der »Belehrungen« als kontraproduktiv einschätzte.⁹⁹ Tatsächlich wurde im Laufe der 1990er-Jahre »das Thema der antiextremistischen (politischen) Bildung dann mit Macht auf die Agenda gesetzt und politisch besonders gefördert«.¹⁰⁰ In der von der Bundeszentrale für politische Bildung mitherausgegebenen Arbeitshilfe »Argumente gegen den Hass«, die Lehrenden der politischen Bildung »Bausteine« zum pädagogischen Umgang mit »Vorurteile[n], Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus« liefern sollte, war eine Lehreinheit ganz den Republika-

94 Frank Drieschner, Glatzenpflege auf Staatskosten, in: Die ZEIT, 13.8.1993. Vgl. dazu ausführlich Kössler, Antifaschistische Klassenzimmer?, sowie Richard Rohrmoser, Antifa. Porträt einer linksradikalen Bewegung. Von den 1920er Jahren bis heute, München 2022, S. 122 f.

95 Klaus Dörre, Die imaginäre Revolte. Jugendliche und Rechtsextremismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 34, 1989, H. 10, S. 1220–1235, hier: S. 1233.

96 Vgl. zum Überblick und als erste Bilanz Ludger Klein, Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Eine kritische Bestandsaufnahme, in: Konrad Schacht/Thomas Leif/Hannelore Janssen (Hrsg.), Hilflös gegen Rechtsextremismus? Ursachen – Handlungsfelder – Projekterfahrungen, Köln 1995, S. 95–128.

97 Butterwegge, Strategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, S. 297.

98 Ebd., S. 292. Vgl. auch Benno Hafenecker, Pädagogik gegen rechts. Eine kritische Bestandsaufnahme, in: Schacht/Leif/Janssen, Hilflös gegen Rechtsextremismus?, S. 206–229; Albert Scherr, Jugendbildungsarbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, in: ebd., S. 230–256.

99 Wilhelm Heitmeyer, Wenn Belehrung gegen Erfahrung nicht ankommt, in: Frankfurter Rundschau, 22.10.1992.

100 Benedikt Widmaier, Extremismuspräventive Demokratieförderung. Eine kritische Intervention, Frankfurt am Main 2022, S. 26.

nern gewidmet.¹⁰¹ Sie folgte der Devise, dass »Argumente gegen den Haß [...] immer auch Argumente für die Demokratie« seien.¹⁰² Mehrere Projekte wie dieses versuchten nun, neue Konzepte der politischen Bildungsarbeit zu entwickeln, die explizit als »Erziehung zur Demokratie« verstanden wurde.¹⁰³ Anfang der 2000er-Jahre entstand daraus das von Bund und Ländern getragene Programm »Demokratie lernen und leben«.¹⁰⁴ *Zweitens* und eng damit zusammenhängend war die Forderung nach mehr Zivilcourage und multikultureller beziehungsweise interkultureller Bildung.¹⁰⁵ Ein Effekt davon war die Etablierung des Projekts »Schule ohne Rassismus«, das wie kein zweites für die schulische Adaption dieser Postulate stand und steht. Es entstand ursprünglich als Antwort auf den Aufstieg des »Vlaams Blok« in Belgien, einer kurzzeitigen Schwesterpartei der Republikaner.¹⁰⁶

Waren die Forderungen nach mehr politischer und interkultureller Bildung weitestgehend unumstritten, traf das auf die praktische Auseinandersetzung mit den Republikanern, die sich um den Begriff des Antifaschismus drehte, nicht zu. Butterwege etwa übte scharfe Kritik an seiner Meinung nach »traditionellen Antifaschismus«.¹⁰⁷ Der Wissenschaftler identifizierte diesen vor allem in den antifaschistischen Organisationen der Bundesrepublik wie der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN), der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) oder sozialistischen beziehungsweise gewerkschaftlichen Jugendorganisationen.¹⁰⁸ Deren zu meist ältere Akteure kämen nicht nur oft »oberlehrerhaft, besserwisserisch und molarisierend« daher, sondern neigten zur »Repression« und Militanz. Sie versuchten, Parteien wie die Republikaner und deren Anhänger geradezu dogmatisch als Neonazis abzustempeln, wodurch sie einen »hilflosen Antifaschismus« betrieben, der die historischen Wandlungen des Rechtsextremismus nicht ernst nehme.¹⁰⁹

101 Vgl. Klaus Ahlheim/Bruno Heger/Thomas Kuchinke, Argumente gegen den Hass. Über Vorurteile, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, Bd. 1: Bausteine für Lehrende in der politischen Bildung, Bonn 1993, S. 101–129.

102 Ebd., S. 6.

103 Axel Görisch, Erziehung zur Demokratie. Probleme und Chancen der Schule beim Umgang mit rechtsextremistischen Jugendlichen, in: Schacht/Leif/Janssen, Hilflös gegen Rechtsextremismus?, S. 283–307. Vgl. auch Cornelius Erf, Mündigkeit gegen Rechtsextremismus – Schulische Prävention durch politische und historische Bildung, in: Wilfried Schubarth/Wolfgang Melzer (Hrsg.), Schule, Gewalt und Rechtsextremismus. Analyse und Prävention, Opladen 1993, S. 212–231.

104 Vgl. Markus Gloe, Demokratielernen als politische Bildung, in: Wolfgang Sander/Kerstin Pohl (Hrsg.), Handbuch politische Bildung, 5., vollst. überarb. Aufl., Frankfurt am Main 2022, S. 320–328, hier: S. 323.

105 Vgl. Butterwege, Strategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, S. 271 und 280–289; Leggewie, REPs, Antifa und Republikaner, S. 67 f.; Erika Richter, Interkulturelle Bildung als Aufgabe der Schule, in: Schubarth/Melzer, Schule, Gewalt und Rechtsextremismus, S. 249–274.

106 Vgl. Kössler, Antifaschistische Klassenzimmer?, S. 217 f.; Markus Kiel, »Die Zukunft beginnt jetzt!«. Jugendliche in den 90er Jahren – Ursachen politisch extremistischen Verhaltens, Marburg 2000, S. 121.

107 Butterwege, Strategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, S. 293. Vgl. auch Wolfgang Kowalsky, Rechtsaußen... und die verfehlten Strategien der deutschen Linken, Frankfurt am Main/Berlin 1992.

108 Vgl. zu diesen Organisationen Rohrmoser, Antifa, S. 60–68 und 77.

109 Butterwege, Strategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, S. 273 f. Zum Begriffsursprung vgl. Wolfgang Fritz Haug, Der hilflose Antifaschismus. Zur Kritik der Vorlesungs-

Bestes Beispiel für eine solche Form des Antifaschismus war eine erstmals 1988 erschienene Broschüre der Westberliner »Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg«, der dortigen VVN und dem Asta der FU Berlin über die Republikaner. Deren Titelbild zeigte Franz Schönhuber mit seinem Buch »Ich war dabei« – flankiert von Adolf Hitler und Francisco Franco. Die Republikaner wurden dementsprechend ganz als faschistische Partei in Nachfolge der NSDAP gewertet. Sie stellten »[m]it ihrem biederem Auftreten [...] eine sich eher seriös und konservativ gebende Variante im faschistischen Formierungsprozeß dar«. ¹¹⁰ Das Problem an solchen Publikationen war, dass der zugrunde gelegte Begriff des Faschismus ungeeignet zur Analyse der Republikaner war, reflektierte er doch nicht die sich seit den 1970er-Jahren rasant gewandelten ökonomischen Rahmenbedingungen. Schlimmer aber war nach Meinung von Butterwege, dass die Antifaschisten damit den Republikanern mehr nutzen als schaden würden. ¹¹¹ Die Herausgeber der erwähnten Broschüre brüsteten sich etwa damit, Infostände und Veranstaltungen der Republikaner verhindert und mit Demonstrationen gegen die Partei Widerstand geleistet zu haben. ¹¹² Im Vorwort des Astas der FU, die aufgrund von Meinungsverschiedenheiten die zweite Auflage der Broschüre nicht mehr mittrug, hieß es: »Kein Fußbreit dem Sexismus, Rassismus und Faschismus! Hau weg den Scheiß! Zerschlagt die Republikaner!« ¹¹³ Bei Veranstaltungen der Republikaner gehörten Gegenproteste selbst in kleineren Ortschaften schon seit Mitte der 1980er-Jahre zum gewohnten Bild. Ab 1989 radikalisierten sich diese und wurden zunehmend gewaltsam. Bestes Beispiel waren die Demonstrationen vor dem Internationalen Congress Centrum (ICC) Berlin im Januar 1989, bei denen es zu heftigen Ausschreitungen seitens der Demonstrierenden gekommen war. ¹¹⁴ Republikaner-Politiker, allen voran Schönhuber, gerieten immer stärker ins Schussfeld linker bis linksextremer Gruppierungen. Ein Grund für die Konzentration des Protests auf die Republikaner war, dass sich der Gegenstand des Protests im Republikaner-Vorsitzenden Franz Schönhuber personifizieren ließ. »Kein Volk, kein Reich, kein Schönhuber« war fortan der Schlachtruf vor allem linker Gruppen, die jede Veranstaltung der Republikaner mit ihren Gegenprotesten flankieren wollten. ¹¹⁵ Eine Schattenseite dieser Personifizierungen waren die Morddrohungen, die der Parteivorsitzende erhielt und für die unter anderem eine »Antifaschistische Aktion« verantwortlich zeichnete. ¹¹⁶ Seit 1989 standen Schönhuber

reihen über Wissenschaft und NS an deutschen Universitäten, Frankfurt am Main 1967, sowie *ders.*, Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt, Hamburg/Berlin 1987.

110 Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg/ASTA-FU/VVN Westberlin (Hrsg.), Vorsicht Republikaner, Berlin o. J. [1988], S. 3.

111 Vgl. *Butterwege*, Strategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, S. 274 f.

112 Vgl. Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg/VVN Westberlin (Hrsg.), Vorsicht Republikaner, 2. Aufl., Berlin o. J. [1989], S. 27 f.

113 Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg/ASTA-FU/VVN Westberlin, Vorsicht Republikaner, [1988], S. 6.

114 Vgl. *Ralf Georg Reuth*, Pflastersteine krachen gegen das Blech der Polizeifahrzeuge, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.1.1989; *Dietmar Bartz*, Ein Schönhuber für 600 Berliner, in: taz, 20.1.1989.

115 So Demonstranten 1989 in Berlin, zit. nach: *Herbert Riehl-Heyse*, Die Woche der Ratlosigkeit, in: Süddeutsche Zeitung, 4./5.2.1989.

116 Anonymer Brief an Schönhuber, eingegangen am 7.5.1993, BayHStA, NL Schönhuber 108. Weitere Schreiben finden sich ebenda.

und seine Familie daher unter polizeilichen Personenschutzmaßnahmen, die in den folgenden Jahren intensiviert wurden.¹¹⁷

Für Butterwegge waren solche gewalttätigen Aktivitäten kontraproduktiv: Nicht nur erhielten rechtsextreme Organisationen dadurch mehr Medienresonanz, sondern solche militanten Aktionen seien geradezu Wasser auf die Mühlen von Parteien wie den Republikanern, die sich einem Law-and-Order-Programm verschrieben hatten.¹¹⁸ Claus Leggewie hielt polemisch fest: »Antifa ist politische Selbstbeschäftigung linker Sekten.«¹¹⁹ Ähnlich argumentierten Udo Knapp und Winfried Kretschmann 1989:

»Der ganze aufgeregte Antifaschismus der Linken bei den GRÜNEN ruht auf der überheblichen Selbsteinschätzung als die besseren Menschen, die dem Rest zeigen müssen, wie gefährlich die Neofaschisten und das System, das sie stützt schon wieder oder immer noch ist.«¹²⁰

Wie ihre Grünen-Kollegen Antje Vollmer und Bernd Ulrich, die ähnliche Kritik am »traditionellen Antifaschismus« übten, rieten sie zu mehr Gelassenheit und weniger rabiaterem sowie überheblichem Auftritt.¹²¹

So traditionell wie Butterwegge, Knapp, Kretschmann, Vollmer und Ulrich dachten, war dieses kritisierte Vorgehen der Antifaschisten indes nicht. Erst seit Mitte der 1970er-Jahre protestierten autonome antifaschistische Organisationen verstärkt gegen Kundgebungen der NPD. Gewalttätige und militante Aktionen gegen rechtsextreme Parteien durch autonome Gruppierungen waren erst seit den 1980er-Jahren eine dominante Strömung im antifaschistischen Milieu.¹²² Die eigentlich traditionellen Organisationen wie die VVN distanzieren sich hingegen in der Gewaltfrage von der »autonomen Antifa«, grenzten sich aber nicht scharf ab, wie das Beispiel ICC zeigt.¹²³ Wie Ulrich Schneider, einer der bedeutendsten Akteure im bundesre-

117 Polizeipräsidium München an Bundesgeschäftsstelle der REP, 11.9.1989, BayHStA, NL Schönhuber 107; Beckstein an Schönhuber, 28.12.1989, BayHStA, NL Schönhuber 108; Scheurl (BStMD) an Saniewski, 30.12.1992, ebd.; BKA an Schönhuber, 24.9.1990, BayHStA, NL Schönhuber 136. 1991 beantragte Schönhuber zudem einen Waffenschein für einen persönlichen und privaten Personenschutz. Ob dem Antrag stattgegeben wurde, ist unklar (Schönhuber an den Landkreis Hannover, 18.6.1991, BayHStA, NL Schönhuber 109).

118 Vgl. *Butterwegge*, Strategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, S. 274 f. Butterwegge bezog sich dabei auf *Barbara Blattert/Thomas Ohlemacher*, Zum Verhältnis von Republikanern und antifaschistischen Gruppen in West-Berlin. Dynamik, wechselseitige Wahrnehmungen und Medienresonanz, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 4, 1991, H. 2, S. 63–74.

119 *Leggewie*, REPs, Antifa und Republikaner, S. 68. Leggewie und Heitmeyer waren daraufhin starker Kritik linker Gruppierungen ausgesetzt, die in einer Streitschrift vor »Leggewiesierung und Heitmeyerei im Antifaschismus« warnten. Vgl. dazu *Ursel Döhmman/Andres Garcia/Peter Kratz*, Gegen Leggewiesierung und Heitmeyerei im Antifaschismus, Bonn 1989.

120 *Udo Knapp/Winfried Kretschmann*, Die Republikaner rechts liegen lassen – Für die ökologische Polis streiten!, in: *Argumente gegen REPs & Co.*, S. 196–201, hier: S. 201.

121 *Bernd Ulrich/Antje Vollmer*, Für Demokratie – gegen Sicherheit und Sauberkeit, in: ebd., S. 186–189, hier: S. 189.

122 *Rohrmoser*, Antifa, S. 77–82; *Ulrich Schneider*, Antifaschismus, Köln 2014, S. 78–80 und 93 f.

123 Vgl. *Rohrmoser*, Antifa, S. 91 f.

publikanischen Antifaschismus, schrieb, entwickelte sich im Laufe der 1980er-Jahre »ein ideologischer Streit um antifaschistische Strategie und die Gewaltfrage«: »Ist das Ziel eines antifaschistischen Protests die Verhinderung eines Naziaufmarsches mit allen Mitteln oder geht es um die Beeinflussung des gesellschaftlichen Klimas?«¹²⁴ Eine Klärung dieser Frage steht bis heute aus.

Vertieft wurde dieser ideologische Grabenkampf einerseits durch den Zusammenbruch der DDR und ihren staatlich verordneten Antifaschismus sowie andererseits durch das Erstarken rechtsextremer Gewalt und Parteien Anfang der 1990er-Jahre.¹²⁵ In der historischen Umbruchsituation war umstritten wie lange nicht mehr, was unter Antifaschismus zu verstehen sei und welchen Strategien wie Prinzipien er folgen sollte. Auf der in Frankfurt am Main abgehaltenen »Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus« im Februar 1990 kam es daher zum nach außen hin sichtbaren Bruch innerhalb des antifaschistischen Milieus. Vor allem die Frage, ob man sich dem »bürgerlichen Lager« annähern sollte, hatte das Potenzial zur Spaltung.¹²⁶ Die Jusos hatten in diesem Sinne gefordert, die DKP und die »Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« aus dem im Jahr zuvor ins Leben gerufenen Bündnis »Leben und Lieben – dem Haß keine Chance«¹²⁷ auszuschließen. Grund dafür waren unter anderem Diskussionen um die deutsche Einheit, den Stalinismus und die Rolle des Antikapitalismus in der antifaschistischen Arbeit.¹²⁸ Das »Antifaschistische Infoblatt« wertete das als ultimativen Angriff auf »linke und autonome Positionen«.¹²⁹ Weder gab es am Ende der Konferenz daher eine Abschlusserklärung noch ein Aktionsprogramm oder auch nur eine gemeinsame Pressekonferenz.¹³⁰ Letztlich standen die Jusos, die IG-Metall-Jugend und die Aktion Sühnezeichen der DKP, der VVN und Teilen der Grünen gegenüber.¹³¹

So sehr der organisierte Antifaschismus durch diesen Streit gelähmt wurde, so darf dieser doch nicht über neue Dynamiken hinwegtäuschen. Die erwähnte Westberliner Broschüre über die Republikaner zeigte dies beispielhaft: Seit etwa 1990 gehörte das Sammeln und Publizieren von Informationen über rechtsextreme Strukturen zum festen Bestandteil antifaschistischer Arbeit. Zwar gab es schon zuvor regelmäßig erscheinende Publikationen, die darüber aufklärten, etwa durch die Initiative Kurt Hirschs¹³², Ende der 1980er-Jahre entwickelte sich auf diesem

124 *Schneider*, Antifaschismus, S. 95. Vgl. dazu auch *Rohrmoser*, Antifa, S. 100 f.

125 Vgl. *Christoph Classen*, Abschied vom Antifaschismus. Aufstieg und Ende einer geschichtspolitischen Debatte in den 1990er-Jahren, in: *Ursula Bitzegeio/Anja Kruke/Meik Woyke* (Hrsg.), Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik, Bonn 2009, S. 429–442.

126 Zur bundesweiten Konferenz »Dem Haß keine Chance«, in: Antifaschistisches Infoblatt (AIB), 18.7.1990.

127 Vgl. dazu o. V., Bundesweite Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus am 28./29. Januar 1989 in Bremen, in: *Matthias von Hellfeld* (Hrsg.), Dem Haß keine Chance. Der neue rechte Fundamentalismus, Köln 1989, S. 103–106, sowie o. V., Leben und Lieben. Dem Haß keine Chance. Gemeinsam gegen Neofaschismus und Rassismus, in: *Argumente gegen REPs & Co.*, S. 203–204.

128 Vgl. *Reinhard Mohr*, Konferenz gegen Neofaschismus geplatzt, in: *taz*, 12.2.1990.

129 Zur bundesweiten Konferenz »Dem Haß keine Chance«, in: AIB, 18.7.1990.

130 Vgl. *Reinhard Mohr*, Konferenz gegen Neofaschismus geplatzt, in: *taz*, 12.2.1990.

131 Vgl. *Jaschke*, Die »Republikaner«, S. 138.

132 Vgl. dazu den Beitrag von Yves Müller in diesem Band.

Feld jedoch eine neue Dynamik, die nicht nur zu Gründungen von Zeitschriften wie »Der rechte Rand« oder dem »Antifaschistischen Infoblatt« führten: Mit der »Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München« (a.i.d.a.) und dem »Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin« (apabiz) gab es nun eigene Einrichtungen, die Informationen zur extremen Rechten sammeln und archivierten, womit sie einen Grundstein für die heutige historische Erforschung des Rechtsextremismus legten.¹³³

Die erwähnten Initiativen richteten sich explizit an ein breiteres Publikum, das über den Rechtsextremismus aufgeklärt und damit immunisiert werden sollte. Wie weit (partei-)politische Bündnisse reichen sollten, war dabei aber nicht minder umstritten.¹³⁴ In Berlin sah das »Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus« seine Aufgabe nicht nur darin, die Republikaner zu bekämpfen, sondern »auch gerade gegen CDU-Politik« gezielt vorzugehen.¹³⁵ In Aachen wollte die dortige CDU umgekehrt nicht an einer parteiübergreifenden Kundgebung gegen die Republikaner teilnehmen, weil das gewählte Motto der Veranstaltung – »Aus der Geschichte lernen – gemeinsam gegen rechts« – zu einseitig sei. Stattdessen solle man »auf die Ablehnung jedweder Form des Radikalismus« abzielen.¹³⁶ Diese Forderung war symptomatisch für den Umgang großer Teile der christlichen Parteien mit Protesten gegen Rechtsextremismus. Sie stellten einen häufig plumpen Antiextremismus über die Option einer gemeinsamen Bekämpfung des Rechtsextremismus. Doch gab es auch in der CDU Stimmen, die sich für überparteiliche Bündnisse gegen Rechtsextremismus und »Ausländerfeindlichkeit« starkmachten. CDU-Generalsekretär Peter Hintze rief etwa am 31. Oktober 1992 die Mitglieder seiner Partei dazu auf, sich an einer unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten stehenden Demonstration gegen »Ausländerfeindlichkeit« in Berlin zu beteiligen. In der CSU war man anderer Meinung: Der bayerische Ministerpräsident Max Streibl und andere CSU-Politiker sagten ihre Teilnahme an der Veranstaltung ab, da – so Streibl – der Appell zur Teilnahme »völlig an der Forderung der Bevölkerung nach einer schnellen Lösung der Asylprobleme« vorbeigehe.¹³⁷

Parteiübergreifend Erfolg hatten nur Veranstaltungen, die dezidiert unparteiisch waren. Bestes Beispiel hierfür waren die Lichterketten, die im Winter 1992/93 die Straßen vor allem westdeutscher Städte erhellten. Es waren mitunter die größten Demonstrationen in der Geschichte der Bundesrepublik. 400.000 Menschen hatten sich am 6. Dezember 1992 allein in München versammelt, um ein Zeichen gegen »Ausländerhaß und Rechtsradikalismus« zu setzen.¹³⁸ Verortet wurden diese nicht nur bei den gewalttätigen Ausschreitungen und Anschlägen gegen Asylbewerber, sondern in einem weiteren Sinne auch in deren parteipolitischen Arm, den man

133 Vgl. *Rohrmoser*, Antifa, S. 145 f.; *Schneider*, Antifaschismus, S. 118.

134 Vgl. *Rohrmoser*, Antifa, S. 100.

135 Protokoll des Bündnistreffens des Bündnisses gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus, 7.2.1989, Archiv Grünes Gedächtnis, C Berlin I.1, 93.

136 Kreisvorsitzender der CDU Aachen an den DGB Aachen, 5.4.1990, Archiv Grünes Gedächtnis, C NRW III, KV Aachen 59.

137 Weiter Kritik an Streibls Absage, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 1.11.1992.

138 Lichterkette gegen Fremdenhaß, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.12.1992. Vgl. dazu *Norbert Frei/Franka Maubach/Christina Morina* u. a., *Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus*, Berlin 2019, S. 176 f.

mit den Republikanern und der DVU identifizierte. Initiiert wurde die Münchner Lichterkette hauptsächlich durch den Journalisten Giovanni di Lorenzo, der damit Menschen auf die Straße bringen wollte, »die sonst nicht auf Demonstrationen gehen«. ¹³⁹ Von links wie rechts gab es zuweilen harsche Kritik an den Lichterketten. Von rechter Seite wurden sie in die Nähe der NS-Fackelzüge von 1933 gerückt ¹⁴⁰; von linker Seite wurde insbesondere das Fehlen politischer Forderungen kritisiert, wodurch die Lichterketten nicht mehr als »Riten der gesellschaftlichen Selbstinszenierung« der deutschen Mittelschicht und eine »Selbstmystifikation der liberalen Teile der Gesellschaft« gewesen seien, wie Wolfgang Kraushaar schrieb. ¹⁴¹ Autonome konnten dieser Protestform folglich nichts Positives abgewinnen. ¹⁴² Ihr Ziel war die »unmittelbare Unterbindung von Naziaktionen« – was auch immer sie darunter subsumierten – und kein Bündnis mit Kräften des demokratischen Verfassungsstaats. ¹⁴³

In der Rückschau überwiegen die positiven Effekte der Lichterketten. Kurz- und mittelfristig sensibilisierten sie die Gesellschaft *erstens* für den Rassismus im eigenen Land. *Zweitens* solidarisierten sich deren Teilnehmende mit den Opfern und Betroffenen rechter Gewalt und setzten damit *drittens* den Bilderfluten rechter Gewalt ein eigenes, friedliches Narrativ entgegen. Sie waren damit auch ein offener Protest gegen die Politik der Republikaner, deren Vorsitzender Schönhuber die Lichterketten als Zeichen der »babylonischen Gefangenschaft« und der »permanenten Nestbeschmutzung« der Deutschen verunglimpfte. ¹⁴⁴ Langfristig sorgten Aktionen wie Lichterketten zudem für einen Schulterschluss von Menschen unterschiedlicher politischer Orientierung im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Infolgedessen gründeten sich in zahlreichen Städten Initiativen wie »Bunt statt braun« oder »Unsere Stadt stellt sich quer«, die sich in den folgenden Jahrzehnten zu wichtigen zivilgesellschaftlichen Stützen in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten entwickelten. ¹⁴⁵ Sie agierten insbesondere auf kultureller Ebene, die sich weit besser zur Vernetzung und zum Schulterschluss eignete als politische Demonstrationen. Konzerte wurden infolgedessen zu einem wichtigen Medium des Protests. In Bayern widmeten die Gruppe »Biermösl Bloss« und der linksalternative Liedermacher Hans Söllner den Republikanern und ihren Wählern mehrere

139 Vgl. Aleksandra Bakmaz, Als 400.000 Münchner gegen Ausländerhass auf die Straße gingen, in: Welt.de, 5.12.2017, URL: <<https://www.welt.de/regionales/bayern/article171294720/Als-400-000-Muenchner-gegen-Auslaenderhass-auf-die-Strasse-gingen.html>> [10.1.2023].

140 Vgl. Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, S. 317; Butterwegge, Strategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, S. 27.

141 Wolfgang Kraushaar, Radikalisierung der Mitte. Auf dem Weg zur Berliner Republik, in: Richard Faber/Hajo Funke/Gerhard Schoenberger (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ideologie und Gewalt, Berlin 1995, S. 52–69, hier: S. 59–61.

142 Vgl. Rohmoser, Antifa, S. 173 f.

143 Schneider, Antifaschismus, S. 116.

144 Rede des Bundesvorsitzenden Franz Schönhuber zum Bundesparteitag in Augsburg am 26./27. Juni 1993, o. O. o. J. [1993], S. 16.

145 Vgl. Schneider, Antifaschismus, S. 117. Vgl. dazu auch Renate Rohde, Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus. Eine ethnographische Studie zu Initiativen in Rostock und Mölln, Opladen/Berlin etc. 2019.

Lieder.¹⁴⁶ Auch in der Massenkultur waren die Republikaner präsent. Am 13. Dezember 1992 fand in Frankfurt am Main unter dem Motto »Heute die! Morgen Du!« ein Konzert unter Beteiligung diverser Bands statt, das über 100.000 Menschen besuchten und vom ZDF übertragen wurde.¹⁴⁷ Eines der Highlights der Veranstaltung waren die Toten Hosen, deren Lied »Sascha ... ein aufrechter Deutscher« 1993 22 Wochen lang in den deutschen Charts rangierte, teilweise auf Platz 4. Die Band reihte darin in humorvoller Weise Klischees über einen Neonazi namens Sascha aneinander, der »kein Depp«, sondern »ein deutscher REP« sei.¹⁴⁸ Der Düsseldorfer Kreisvorsitzende der Republikaner, Richard Staginus, erstattete wegen dieser Liedzeile Anzeige wegen Beleidigung und Volksverhetzung, was dem Song nur noch mehr Aufmerksamkeit verschaffte.¹⁴⁹ Zur gleichen Zeit landeten die Ärzte mit ihrem Song »Schrei nach Liebe« zum ersten Mal in den Top Ten der Charts.¹⁵⁰ Pikanterweise führten die Punkrocker die Ursachen des Rechtsextremismus darin auch auf Defizite wie einem Mangel an Liebe und Zuwendung in der Kindheit zurück, was einmal mehr die Breitenwirkung psychologischer Deutungsmuster illustriert.

Es war ein konfliktreiches und damit letztlich produktives Zusammenspiel politischer, staatlicher, zivilgesellschaftlicher und kultureller Akteure, das in seiner Breitenwirkung dafür sorgte, dass die Republikaner ab 1992 auf allen gesellschaftlichen Ebenen vermehrt stigmatisiert und aus dem Diskurs ausgeschlossen wurden. Die zunehmende Bedeutung der Zivilgesellschaft – ein Begriff, der Ende der 1980er-Jahre seinen Take-off-Moment erlebte – symbolisierte einen Übergang der Bundesrepublik in eine neue Form der Demokratie.¹⁵¹ Das sich wandelnde Selbstverständnis der einzelnen Bürger führte dazu, dass die deutsche Mehrheitsgesellschaft und nicht etwa der Staat oder die große Politik die Republikaner als das undemokratische »Andere« brandmarkte. Dieser Weg hin zu einer »partizipatorischen Demokratie«¹⁵² kann damit als wesentlicher Teil des »Wandels des Politischen«¹⁵³ bezeichnet werden.

146 So die Biermösl Blosn in ihrem Lied »Jodelhorrormonstershow« und Hans Söllner in »Mir san nu so richtige Bayern« und »Der Huaba«. Zu letzterem vgl. *Barbara Wittmann*, »Der Huaba (Hans Söllner)«, publiziert im 10/2012 [revised 10/2013], in: *Michael Fischer/Fernand Hörner/Christofer Jost* (Hrsg.), *Songlexikon. Encyclopedia of Songs*, URL: <<http://www.songlexikon.de/songs/derhuaba>> [30.12.2022].

147 Vgl. *Heide Platen*, »Heute die – morgen du!«, in: *taz*, 14.12.1992. Das gesamte Konzert ist auf YouTube unter der URL <<https://www.youtube.com/watch?v=8WNDadQrtpY>> [30.12.2022] zu finden. Zu den Ursprüngen des Konzepts »Rock gegen Rechts« vgl. *Daniel Laqua*, *Rocking against the Right: Political Activism and Popular Music in West Germany, 1979–1980*, in: *History Workshop Journal* 86, 2018, S. 160–183.

148 Die Toten Hosen, *Diskographie*, URL: <<https://www.dietotenhosen.de/diskographie/songs/sascha-ein-aufrechter-deutscher>> [30.12.2022].

149 Vgl. Die Toten Hosen und die Republikaner, in: *taz*, 11.1.1993.

150 Vgl. *Stephan Rehm Rozanes*, *Die Ärzte*. 100 Seiten, Ditzingen 2021, S. 39; *Sebastian Bredthauer*, *Schrei nach Liebe (Die Ärzte)*, publiziert im 03/2018, in: *Fischer/Hörner/Jost* (Hrsg.), *Songlexikon*, URL: <<http://www.songlexikon.de/songs/schreinachliebe>> [13.1.2023].

151 Vgl. hier und im Folgenden *Paul Nolte*, *Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart*, München 2012, S. 369–378. Plastisch wird die zunehmende Bedeutung des Begriffs auch im Google Books Ngram Viewer, *Korpus German* (2019).

152 *Nolte*, *Was ist Demokratie?*, S. 372.

153 Vgl. zum Begriff *Meik Woyke* (Hrsg.), *Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre*, Bonn 2013. Vgl. auch *Frank Bösch/Jan Gieseke*, *Der Wandel des Poli-*

IV. Fazit: Die Republikaner und der bundesdeutsche Umgang mit Rechtsparteien

Nach den für viele Beobachter überraschenden Wahlerfolgen der Republikaner im Jahr 1989 machte sich die deutsche Mehrheitsgesellschaft nach einem ersten Moment des Schocks dazu auf, das Phänomen zu erklären, zu verstehen und zu bekämpfen. Die Wahlerfolge der Partei waren immerhin die größten einer rechtsextremen Gruppierung seit den 1960er-Jahren, weshalb die Bundesrepublik nicht auf eingeübte Rituale als Antwort auf den Nationalismus zurückgreifen konnte, den diese nach Bracher glaubte »wirklich überwunden zu haben«.¹⁵⁴ Vielmehr war es ein etwa drei Jahre andauernder Prozess, in dem das nunmehr vereinigte Deutschland lernen musste, mit einer rechtsextremen Partei umzugehen und zu leben. Die Strategien und die Mechanismen, die aus den geführten Debatten erwuchsen, haben ein langes Echo hervorgerufen. Wie der Beitrag gezeigt hat, prägen diese die Bundesrepublik in dreifacher Weise bis heute. *Erstens* in der Einschätzung der Gründe für die Wahlerfolge: Schon damals dominierte das Narrativ, dass es sich bei den Republikaner-Wählern um »Modernisierungsverlierer« handelte – ein Konstrukt und eine Einschätzung, die auch heute noch viele Journalisten und Experten bei den Erfolgen sogenannter rechtspopulistischer Parteien teilen. Andere Erklärungsansätze gingen durch die Dominanz dieses Argumentationspfads unter, was die Sicht auf alternative Ansätze versperrte. Das hing auch mit der Attraktivität der Theorie für politische Entscheidungsträger zusammen. Ökonomische Modernisierungsverlierer lassen und ließen sich demnach durch sozialpolitische Maßnahmen wieder »einfangen« – wie effektiv dieses Vorgehen war und ist, bleibt indes bis heute eine offene Frage. Wichtig wäre es, stärker kulturelle Deutungsmuster in den Blick zu nehmen.

Die politische Antwort auf die Republikaner weist daher *zweitens* große Ähnlichkeiten mit dem jüngsten Umgang von Union, SPD, Grünen und FDP mit der AfD auf. Das gilt auch für das Feld der Parteipolitik: Zum einen grenzten sich alle genannten Parteien organisatorisch scharf von den Republikanern ab, was aber nicht bedeutet, dass Gleiches für Inhalte und Themen galt. Insbesondere die Ausländer- und Asylpolitik entwickelte sich in Deutschland dadurch zu einem Mittel, das die nach rechts abgewanderten Wähler wieder in den Kreis der »demokratischen Parteien« integrieren sollte. Hier für »Lösungen« zu sorgen, hieß die rechte Konkurrenz »politisch« zu bekämpfen. Vor den Mitteln der »wehrhaften Demokratie« schreckte man dagegen seit den 1980er-Jahren so lange zurück, bis die nicht selten erhoffte Radikalisierung der Partei so weit fortgeschritten war, dass niemand mehr am Urteil von Verfassungsschutzbehörden zweifeln konnte. *Drittens* sahen es seit Ende der 1980er-Jahre zunehmend Akteure der Zivilgesellschaft als ihre Aufgabe an, den Republikanern Paroli zu bieten. Auf Demonstrationen, Kundgebungen und bald auch auf Konzerten formierte sich ein Protest gegen die Partei, der ihr ihre politische Daseinsberechtigung absprach. Damit einher ging eine immer stärker werdende Polarisierung zwischen Anhängern und Gegnern der Republikaner, was

tischen in Ost und West, in: *Frank Bösch* (Hrsg.), *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000*, Bonn 2015, S. 39–78.

154 Deutschlandfunk, Informationen am Morgen, 1.2.1989, 6.45 Uhr.

immer öfter auch zu Gewalt führte, die Teile des antifaschistischen Milieus als legitim ansahen.

Das geschilderte, nicht selten konfliktbehaftete Zusammenspiel von Politik, Zivilgesellschaft und Staat führte zu einem Othering der Republikaner. Die Partei war das undemokratische »Andere«, diente also als Gegenfolie zum eigenen demokratischen Selbstverständnis der Bundesrepublik, das in bewusster Abgrenzung zu den Republikanern immer selbstbewusster behauptet wurde. Dieser Mechanismus erfüllte jedoch auch eine entlastende Funktion: Dadurch, dass die Republikaner als »das Andere« wahrgenommen wurden, konnte man davon ablenken, dass diese aus der Mitte der Gesellschaft hervorgegangen und damit alles andere als fremd waren. Einerseits stabilisierte all das die Demokratie, die trotz alarmistischer Warnungen von Weimarer Verhältnissen weit entfernt war. Andererseits überdeckten die immer uniformer werdenden Reaktionen auf die Republikaner gesellschaftliche Probleme und Konflikte, die eine Ursache für den Aufstieg der Partei gewesen waren.